

Steuerbelastung im internationalen Vergleich

Internationaler Steuerwettbewerb voll im Gange

13. Februar 2006

Nummer 5

7. Jahrgang

dossierpolitik

Aktuellste Entwicklung der Fiskalquoten in der OECD

Das Wichtigste in Kürze

In den meisten Industrieländern konnte die Fiskalbelastung seit den 90er-Jahren stabilisiert oder gar gesenkt werden. Dieser Abwärtstrend hat sich 2003 und 2004 etwas verlangsamt fortgesetzt. Mit Verzögerung ist auch die Schweiz diesem Trend gefolgt: Seit dem Höchststand im Jahr 2000 geht die Fiskalbelastung leicht zurück. Für die Periode 1990 bis 2004 gehört die Schweiz allerdings zu den Ländern mit dem stärksten Anstieg der Fiskalbelastung. Werden alle Zwangsabgaben und Gebühren berücksichtigt, so erweist sich der Anstieg sogar als noch dramatischer. Im Steuermix fällt die Schweiz durch eine hohe Abhängigkeit von den direkten Steuern auf.

Position von economiesuisse

Gemäss „offizieller“ Statistik zählt die Schweiz zur steuergünstigsten Länderkategorie. Doch die offizielle OECD-Fiskalquote offenbart nicht die ganze Wahrheit. Werden sämtliche Zwangsbeiträge der Sozialversicherungen an privatrechtliche Institutionen mitberücksichtigt, so liegt die Fiskalbelastung der Schweiz sogar deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Auch die künftige Entwicklung gibt Anlass zur Besorgnis: Wegen des hohen und weiterhin steigenden Finanzierungsbedarfs für die AHV, Ergänzungsleistungen und die IV drohen weitere massive Steuererhöhungen, sofern keine entsprechenden Korrekturen vorgenommen werden. Damit ist der günstige Steuerstandort Schweiz ernsthaft gefährdet.

Daher sind wichtige Steuerreformen auf Bundesebene (Unternehmenssteuerreform) sowie ein lebendiger kantonaler Steuerwettbewerb zentral, um unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen die steuerliche Standortattraktivität der Schweiz durch innovative Lösungen nachhaltig zu verbessern und die Finanzierung der Sozialwerke auf eine gesunde Basis zu stellen.

economiesuisse hat im November 2004 die Studie „Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz“ publiziert. Die Studie machte internationale Trends in der Besteuerung ausfindig und deckte einen erheblichen Handlungsbedarf für die Schweiz auf, um die steuerliche Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb verteidigen zu können.

In der vorliegenden Ausgabe „dossierpolitik“ werden die in der Steuerstudie publizierten Statistiken zur Steuerbelastung und zu den einzelnen Steuereinnahmen auf den neusten Stand gebracht. Die aktuellste Entwicklung zur internationalen Fiskalbelastung bezieht sich auf die Jahre 2003 und 2004. In diesen Jahren konnte der Mitte der 90er-Jahre eingesetzte internationale Trend zu tieferen Fiskalquoten fortgesetzt werden. Die Steuerquoten variieren jedoch beachtlich unter den Ländern. Der internationale Vergleich von Fiskalquoten bedarf einer genaueren Ana-

lyse, da Abgrenzungs- und Definitionsprobleme die Vergleichbarkeit der Quote einschränken. Die Entwicklung der unterschiedlichen Einnahmequellen der öffentlichen Haushalte verändert sich im Zeitablauf nur langsam. Unter den einzelnen Ländern bestehen aber erhebliche Unterschiede im Steuermix. Abschliessend wird der notwendige Handlungs- und Reformbedarf für die Schweiz konkretisiert.

Entwicklung der Fiskalquote nach OECD-Statistik

Die OECD publiziert in der Revenue Statistics umfassende, einigermaßen vergleichbare Daten zur Steuerbelastung in den einzelnen OECD-Ländern. Die gesamte Steuerbelastung einer Volkswirtschaft wird anhand der Fiskalquote bemessen. Sie entspricht den Fiskaleinnahmen inklusive der staatlichen, obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge in Prozenten des Bruttoinlandprodukts (BIP).

Die Fiskalquoten in den OECD-Ländern und ihre Entwicklung im Zeitverlauf fallen heterogen aus (siehe Abbildung 1, 2 und Anhang 1). Veränderungen können z.B. auf Steuerreformen zurückzuführen sein, die Modifikationen in Tarifen und/oder Bemessungsgrundlagen vorsahen. Man kann auch Indizien dafür gewinnen, ob ein Steuersystem effizienter geworden

„Seit dem Jahr 2000 hat sich der Trend Richtung tiefere Fiskalquoten verstärkt.“

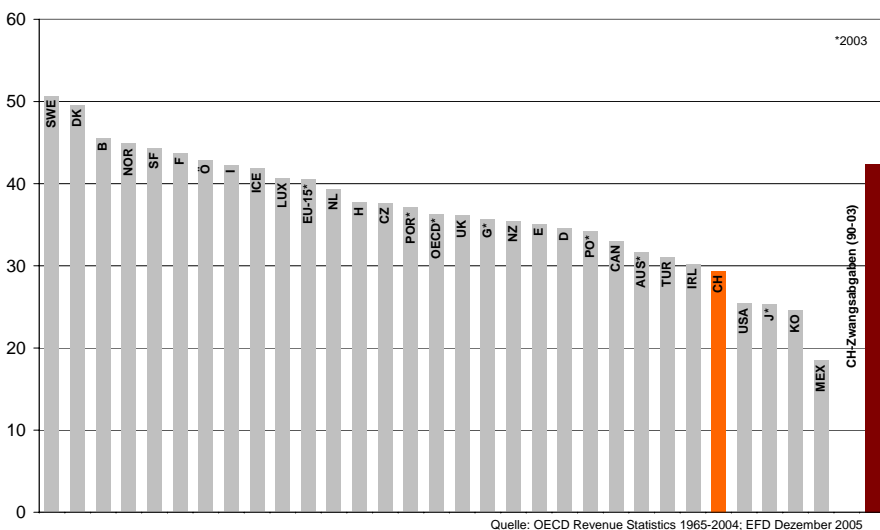
ist oder nicht. Eine höhere Quote deutet tendenziell auf höhere steuerfinanzierte Staatsleistungen respektive stärkere Umverteilungswirkung des Steuersystems hin, kann aber auch durch konjunkturelle Einflüsse auf Steuereinnahmen begründet sein. Für viele europäische Länder haben auch die haushaltspolitischen Bemühungen zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien auf die Höhe der Steuerbelastung einen Einfluss gehabt. Die meisten Länder haben schliesslich ihre Berechnungsgrundlage für das BIP in den letzten Jahren revidiert: Die meist höheren Zahlen für das Bruttoinlandprodukt führten mit gleicher Steuerbasis zu einer tieferen Fiskalquote. Zur konkreten Beurteilung der steuerlichen Investitions- und Standortbedingungen eines Landes reicht die generelle Fiskalquote aber nicht aus. Dafür braucht es eine viel detailliertere Analyse der Steuersysteme.

Die bisherigen 15 EU-Länder weisen generell eine höhere Fiskalquote aus als die übrigen OECD-Staaten, insbe-

sondere Amerika. Zu den Ländern mit der höchsten Fiskalquote von über 45 Prozent gehören die klassischen Wohlfahrtsstaaten Schweden, Dänemark und Belgien. Norwegen, Finnland, Frankreich, Italien und Luxemburg weisen für 2004 eine Fiskalquote von über 40 Prozent aus. Zu den steuergeringsten mit einer Fiskalquote von 20 bis 30 Prozent gehören Mexiko, Korea, die USA, Japan und die Schweiz. Für die Schweiz stellt dieser Wert – unter Berücksichtigung aller parafiskalischen Instrumente – nur einen Teil der effektiven Steuerbelastung dar.

Die langfristige Entwicklung der Fiskalquoten widerspiegelt eine völlige andere Entwicklung in Europa einerseits und den USA andererseits. Lag die Fiskalbelastung in Europa und den USA Mitte der 60er-Jahre nur unweit auseinander, so erhöhte sich der Abstand zwischen dem steuergünstigen Amerika und dem immer teurer werden den Europa zusehends. In diese Zeit fällt der umfassende Auf- und Ausbau der Wohlfahrtsstaaten in Europa. Hatte die Fiskalquote in den 15 EU-Staaten 1965 noch bei 27,9 Prozent gelegen, so stieg diese bereits bis 1985 auf 38,6 Prozent. Das starke Wirtschaftswachstum und die steigenden Einkommen erlaubten es den Regierungen in dieser Zeit, ihre Wohlfahrtsstaaten ohne grossen Steuerwiderstand auszubauen. Ab Mitte der 70er-Jahre wurde es

Abbildung 1
OECD-Fiskalquote 2004, in Prozent des BIP



angesichts geringerer Einkommenszuwächse bei steigenden Sozialabgaben infolge höherer Arbeitslosigkeit zunehmend schwieriger, Steuererhöhungen durchzusetzen. Ungefähr ein Drittel aller OECD-Länder konnten zwischen 1990 und 2000 ihre Fiskalbelastung senken. Seit dem Jahr 2000 hat sich der Trend Richtung tiefere Fiskalquoten verstärkt. In zwei Dritteln aller OECD-Länder nahm die Fiskalbelastung zwischen 2000 und 2003/04 ab. Diesem Trend hat sich nun auch die Schweiz mit erheblicher Verzögerung angeschlossen: Seit dem international einmaligen Anstieg in den 90er-Jahren geht die offizielle Fiskalquote seit ihrem Höchststand im Jahr 2000 wieder leicht zurück. Für den Gesamtzeitraum 1990 bis 2004 gehört die Schweiz aber weiterhin zu den Ländern mit dem stärksten Anstieg der Fiskalquote (siehe Abbildung 1). Wenn alle Zwangsabgaben berücksichtigt werden, fallen die Werte für die Schweiz sogar noch schlechter aus.

„Werden sämtliche Zwangsbeiträge der Sozialversicherungen mitberücksichtigt, so liegt die Fiskalbelastung der Schweiz deutlich über dem EU-Durchschnitt.“

Geschönte Statistik für die Schweiz

Aufgrund der „offiziellen“ Fiskalquote zählt die Schweiz zwar gerade noch zur steuergünstigsten Länderkategorie.

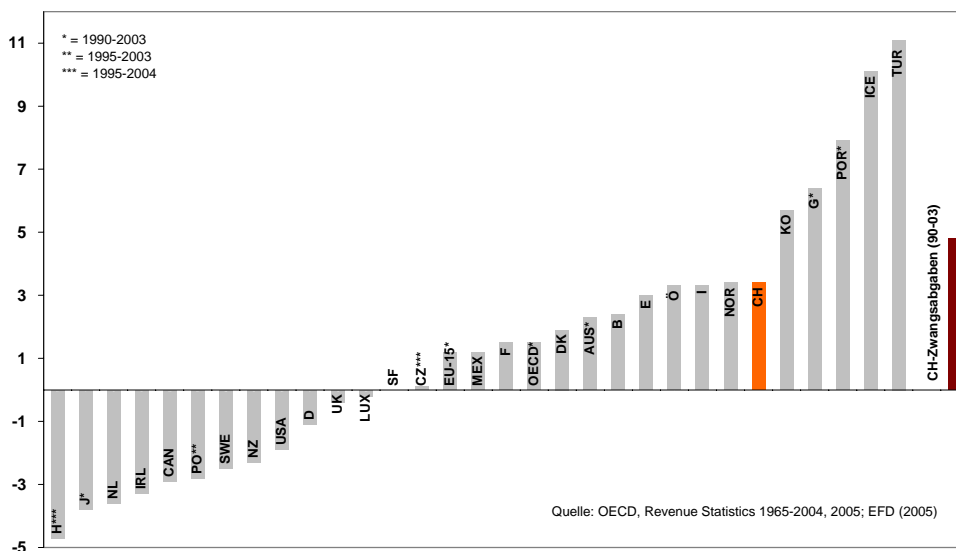
Aber die offizielle Statistik verbirgt wichtige Besonderheiten. Werden nämlich sämtliche Zwangsbeiträge der Sozialversicherungen mitberücksichtigt, so liegt die Fiskalbelastung der Schweiz deutlich über dem EU-Durchschnitt (siehe Abbildung 1, S. 2 und Anhang 1). Mit einem Wert über 42 Prozent gehört die Schweiz – unter Berücksichtigung aller Zwangsabgaben – zur Kategorie der klassischen Wohlfahrtsstaaten wie Finnland und Norwegen. Der Indikator der OECD-Fiskalquote

misst das Ausmass staatlichen Handelns nur unvollkommen. Die Organe der OECD selbst empfehlen, diesen Indikator im Rahmen von Vergleichen des

absoluten Niveaus zwischen einzelnen Ländern oder zwischen bestimmten Zeitperioden mit „Vorsicht“¹ zu geniessen. Die Klassifikation der OECD² erfasst nämlich nur die (a) obligatorischen Zahlungen (b) ohne entsprechende Gegenleistung (c) zu Gunsten öffentlicher Verwaltungen. Mithin werden sämtliche Finanzierungsarten für öffentliche Leistungen, die diese Kriterien nicht erfüllen, in der Fiskalquote der OECD nicht berücksichtigt. Das Problem der Vergleichbarkeit stellt sich insbesondere bei der Behandlung der obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge an privatrechtliche Institutionen³ und bei der Abgrenzung

Abbildung 2

Entwicklung der OECD-Fiskalquote 1990–2004, in BIP-Prozentpunkten



Detailzahlen zur Abbildung siehe Tabelle 1 im Anhang.

¹ OECD Revenue Statistics 1965–1998, 199, Teil 2, S. 52 ff.
² OECD Revenue Statistics 1965–2002, 2003, annex 1/2, S. 285, 326.
³ OECD Revenue Statistics 1965–2001, Teil 1, S. 57 ff.

gegenüber den Gebühren mit obligatorischem Charakter⁴. Abgrenzungsprobleme zwischen den einzelnen Ländern ergeben sich auch bei der Behandlung der Kirchensteuern und der (anrechenbaren oder nicht anrechenbaren) Steuergutschriften sowie bei der Frage, ob eine den Zahlungen angemessene Gegenleistung erbracht wurde. Zudem können Unterschiede im Wirtschaftszyklus und bei der Berechnung des BIP Vergleiche verfälschen. Und schliesslich sind die Voraussetzungen für internationale Vergleiche nur dann gegeben, wenn die allgemeine Finanzierungsstruktur der öffentlichen Leistungen in den einzelnen Ländern mehr oder weniger einheitlich ist.

Das Problem der mangelnden Vergleichbarkeit ist besonders für die Schweiz akut. Einerseits verdeutlicht eine detaillierte Analyse der OECD-Statistiken das Niveau weiterer, nicht in der Fiskalquote enthaltener Finanzierungsquellen. Diese Werte sind für die Schweiz nämlich ausserordentlich hoch: Ungefähr 45 Prozent der Mittel zur Finanzierung der Sozialleistungen stammen in der Schweiz aus Zwangsabgaben an privatrechtliche Einrichtungen (Pensionskassen, Krankenkassen, Unfallversicherung), die in der Fiskalquote der OECD gar nicht berücksichtigt werden. Dies ist nahezu der höchste Wert aller OECD-Länder (siehe Abbildung 3). Ab-

gesehen von Island und – in geringerer Masse – von Holland und Mexiko kennt kein anderer Mitgliedsstaat der OECD ein auf obligatorischen Beiträgen an privatrechtliche Institutionen basierendes System zur Finanzierung seiner Sozialleistungen.

Weitere Einnahmen, die nicht in der Fiskalquote erfasst werden, sind die so genannten nicht fiskalischen Einnahmen. In der Schweiz stammen die nicht fiskalischen Einnahmen zu einem grossen Teil aus – meist obligatorischen – Gebühren, die entsprechend der föderalistischen Struktur der öffentlichen Finanzen auf kantonaler und kommunaler Ebene erhoben werden. Auch dieser Anteil ist in der Schweiz vergleichsweise sehr hoch. Einzig Norwegen hat aufgrund der Einnahmen aus der Erdölförderung noch höhere nicht fiskalische Einnahmen. Aktuell weist die OECD

„Weitere Einnahmen, die nicht in der Fiskalquote erfasst werden, sind die so genannten nicht fiskalischen Einnahmen. Auch dieser Anteil ist in der Schweiz vergleichsweise sehr hoch.“

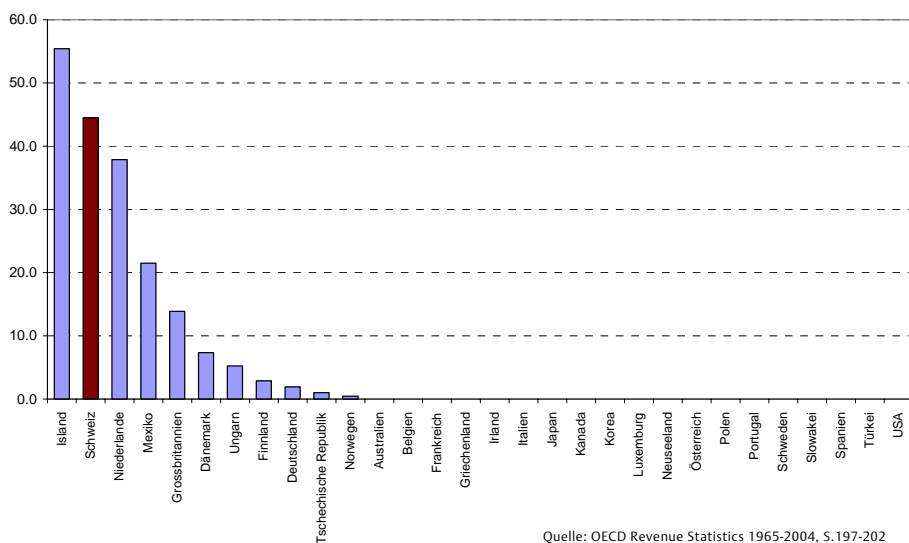
Revenue Statistics zwar noch die nicht fiskalischen Einnahmen in der jeweiligen Landeswährung aus, verzichtet aber aufgrund von veränderten Berechnungsmethoden auf eine

international vergleichbare Quotenberechnung⁵.

Unverändert bleibt aber die Tatsache, dass die Schweiz einen bedeutenden Teil ihres obligatorischen Sozialstaates „ausserhalb“ der offiziellen OECD-Fiskalquote finanziert. Dies erfolgt durch Zwangsbeiträge an private Versiche-

Abbildung 3

Nicht in der Fiskalquote enthalten: Zwangsabgaben der Sozialversicherungen über private Träger 2003 (in Prozent der gesamten Finanzierung der Sozialleistungen)



Quelle: OECD Revenue Statistics 1965-2004, S.197-202

⁴ OECD Revenue Statistics 1965–2002, 2003, 1 „The OECD classification of taxes and interpretative guide“, S. 285.

⁵ OECD Revenue Statistics 1965–2004, S. 259 ff.

zungseinrichtungen (Krankenkassen, Unfallversicherung, berufliche Vorsorge) bzw. ihrer Umweltpolitik durch Kehrichtgebühren. Dies verfälscht den Vergleich, weil die meisten übrigen OECD-Länder diese Leistungen mit fiskalquotenrelevanten Steuern finanzieren.

Aufgrund dieser mangelnden Transparenz erstaunt es nicht, dass eine Beurteilung, die sich allein auf die Höhe der offiziellen Fiskalquote abstützt, keinen klaren Zusammenhang zwischen seinem absoluten Wert und dem Wirtschaftswachstum erkennen lässt. Entscheidend ist aber die Berücksichtigung aller obligatorischer Abgaben und sämtlicher Gebühren. Hervorzuheben ist zudem, dass die statistische Aussage sehr gut ist, wenn es darum geht, die Entwicklung der nationalen Fiskalquoten über die Jahre zu vergleichen, zumindest so lange die zugrunde liegenden Definitionen nicht geändert werden und die Homogenität der chronologischen Serien gewährleistet bleibt.

Die Struktur der nationalen Steuersysteme

Ausgehend von der OECD-Fiskalquote zeigt die Tabelle 2 im Anhang die Steuerstruktur der OECD-Länder, also den Anteil der einzelnen Steuerarten am Gesamtsteueraufkommen für das Jahr 2003, auch Steuermix genannt. Die nationalen Unterschiede im Steuermix erklären sich vor allem durch unterschiedliche Präferenzen der Länder bezüglich der einzelnen Steuern, bedingt durch die historische Entwicklung. Die finanzielle Bedeutung der einzelnen Steuerarten lässt auch gewisse Rückschlüsse auf ihre mögliche Reformfähigkeit zu. In der Regel kann man bei ergiebigen Steuern selten radikale Reformen durchführen, da der politische Widerstand angesichts des bedeutenden Finanzierungsbeitrags zu hoch ist.

Die meisten OECD-Länder sind stark von drei Haupteinkommensquellen abhängig:

- der Einkommenssteuer,
- den Sozialabgaben und
- den indirekten Steuern auf Waren und Diensten (Konsumsteuer, meistens Mehrwertsteuer).

In den EU-Ländern spielt das Steueraufkommen durch Konsumsteuern eine viel bedeutendere Rolle als in den USA, Japan und der Schweiz. Im Durchschnitt aller OECD-Länder tragen sie rund einen Drittel zum Steueraufkommen bei. An Bedeutung gewonnen haben seit Anfang der 70er-Jahre auch die Sozialabgaben. Die relative Bedeutung der Sozialabgaben am Gesamtsteueraufkommen ist im OECD-Gesamtdurchschnitt seit 1965 von 18 auf 27 Prozent massiv gestiegen. In den 90er-Jahren war jedoch eine

gewisse Stabilisierung festzustellen. Hingegen hat die Einkommensbesteuerung als Quelle der Steuereinnahmen an Bedeutung abgenommen.

Die Einkommensbesteuerung in den einzelnen Ländern

Dänemark und Neuseeland beziehen im OECD-Vergleich einen weit überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Steueraufkommens aus Einkommenssteuern (über 40 Prozent). Weitere sieben Staaten (Australien, Island, Kanada, Schweiz, Schweden, Belgien und Finnland) weisen ebenfalls eine hohe Abhängigkeit von den Einkommenssteuern auf (Anteil über 30 Prozent). Vergleichsweise tief ist hingegen der Anteil für die Slowakei, Korea, Polen, die Tschechische Republik, Griechenland, Türkei, Portugal, Luxemburg, Frank-

reich, Japan, Niederlande, Spanien und Ungarn (unter 20 Prozent). Der Anteil der Unternehmenssteuern am gesamten Steueraufkommen liegt im OECD-Durchschnitt zwischen neun und zehn Prozent. Auch hier bestehen grosse Differenzen in der finanziellen Bedeutung und Ergiebigkeit dieser Steuern. Extrem niedrige Anteile (unter fünf Prozent) weisen Deutschland und Island auf, hohe Anteile (über dreizehn Prozent) dagegen Luxemburg, Norwegen, Australien, Korea und Japan. Die Schweiz liegt leicht unter dem OECD-Mittel, jedoch über dem EU-Durchschnitt.

Bedeutung der Sozialabgaben

Auch bei den Sozialabgaben gibt es eine beträchtliche Spannweite. Mit Anteilen unter zehn Prozent kennen einige Länder kleine bis fast keine Sozialabgaben (Neuseeland, Dänemark, Australien und Island), während die Tschechische Republik, Polen, Deutschland, Frankreich, Österreich, Slowakei, Japan, Niederlande, Griechenland und Spanien sehr stark von diesen abhängen. Das Ausmass der Einnahmen aus Sozialabgaben erlaubt jedoch keinen Rückschluss darauf, wie ausgeprägt das staatliche soziale Sicherheitssystem ist. Denn diverse Länder finanzieren das Sozialsystem vorwiegend aus allgemeinen Steuermitteln (z.B. Dänemark), und nicht immer werden alle sozialen Zwangsabgaben in den nationalen vergleichenden Statistiken berücksichtigt (z.B. obligatorische Krankenkassenprämien bzw. obligatorische Suva-Beiträge in der Schweiz). Der offizielle Anteil der Schweiz liegt leicht unter dem OECD-Mittel; unter Berücksichtigung aller Zwangsabgaben übernimmt die Schweiz einen Spitzenplatz.

„Die relative Bedeutung der Sozialabgaben am Gesamtsteueraufkommen ist im OECD-Gesamtdurchschnitt seit 1965 massiv gestiegen.“

Bedeutung der Konsumsteuern

Die Besteuerung von Waren und Dienstleistungen hat seit einigen Jahrzehnten im OECD-Durchschnitt einen konstant hohen Stellenwert in der Finanzierung von öffentlichen Haushalten (Anteil von zirka 30 Prozent). Die Zusammensetzung innerhalb dieser Kategorie hat sich allerdings stark verändert, ist doch der Anteil der generellen Konsumbesteuerung von etwa 13 bis 14 Prozent 1965 auf rund 19 Prozent 2003 zulasten spezifischer Konsumsteuern angestiegen. Verhältnismässig niedrige Anteile von indirekter Besteuerung haben die USA, die Schweiz und Japan.

Besteuerung von Vermögenswerten

Der Anteil der gesamten Vermögenssteuern⁶ am Fiskalaufkommen liegt meist unter zehn Prozent (mit Ausnahme⁷ von den USA, Grossbritannien, Korea und Japan) und ist seit 1965 im OECD-Durchschnitt von acht auf fünf Prozent gesunken. Unter dieser Kategorie sind die Steuerobjekte und Bemessungsgrundlagen national oft sehr unterschiedlich definiert. Das beschränkt die Vergleichbarkeit.

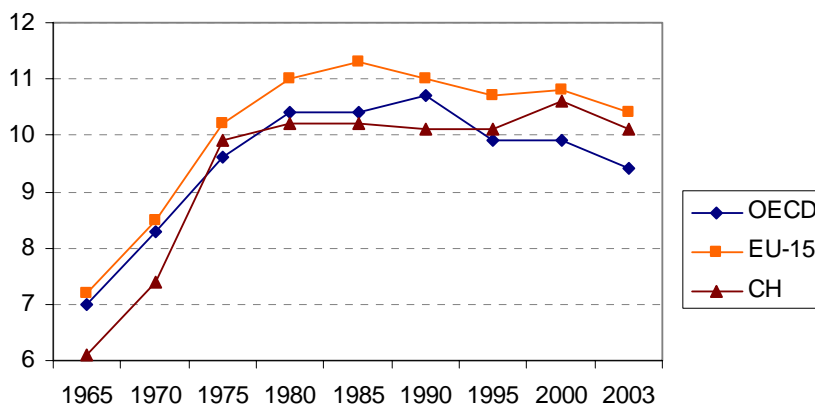
Mit über acht Prozent ist der Anteil der Vermögenssteuern in der Schweiz recht hoch.

Bedeutung des Steueraufkommens gemessen am BIP

Die Verteilung des Steueraufkommens auf die fünf Steuerkategorien zeigt nur ihre relative Bedeutung für die Finanzierung der entsprechenden staatlichen Leistung. Um das Ausmass der volkswirtschaftlichen Last bzw. des Beitrags der einzelnen Steuerkategorien einzuschätzen und international zu vergleichen, gilt es – wie in Tabelle 3 im Anhang aufgezeigt – die Anteile der entsprechenden Steuerarten ins Verhältnis zum BIP zu setzen.

Die Bedeutung der Einkommenssteuer als Geldquelle für die öffentliche Hand ist seit Ende der 80er-Jahre rückläufig (siehe Grafik Seite 7). Im Verhältnis zu anderen OECD-Ländern hat die Einkommenssteuer in Dänemark den absolut höchsten Wert am BIP (25,6 Prozent des BIP), gefolgt von Schweden, Island, Neuseeland und Belgien (alle über 14 Prozent des BIP). Besonders niedrige Werte haben die Slowakei, Korea, Polen, Japan, die Tschechische Republik und Griechenland (unter fünf Prozent des BIP).

Entwicklung der Einkommenssteuer: Steueraufkommen in Prozent des BIP



Quelle: OECD, Revenue Statistics. Tab. 10

⁶ Gemäss OECD erfasst die „Besteuerung von Vermögen“ („property tax“) weitgehend mehr als das, was in der Schweiz unter dem Begriff der Vermögenssteuer (Nettovermögenssteuer) verstanden wird. Dabei werden hier nicht nur nationale oder lokale Steuern auf immobile (z.B. die Belastung mit Grundsteuern und Gebäudesteuern) und mobile Vermögenswerte (Steuer auf Kapital bei Unternehmen und Vermögen bei Privatpersonen), sondern auch allfällige Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie Stempelabgaben auf Finanztransaktionen berücksichtigt.

⁷ Grossbritannien, Japan, Korea und USA erheben keine reine Vermögenssteuer auf Bundesebene; der hohe Anteil erklärt sich vor allem wegen der hohen Einnahmen aus der Grundsteuer (bei Grossbritannien und Japan) respektive Steuer auf Finanz- und Kapitaltransaktionen.

Hinsichtlich der Unternehmensgewinne haben nur Norwegen und Luxemburg sehr hohe Werte mit 8,1 respektive 7,9 Prozent des BIP. Besonders niedrige Werte (unter 2,5 Prozent des BIP) ergeben sich hingegen für Deutschland, Island, die USA, Polen, Österreich und Ungarn.

Sozialabgaben belasten die Volkswirtschaft in Frankreich, Österreich, Schweden, der Tschechischen Republik, Deutschland, Belgien, Polen und in den Niederlanden besonders stark (über 14 Prozent des BIP). In Neuseeland gibt es gar keine Sozialabgaben, sondern nur Steuern auf Lohnsummen. Weitere Länder weisen ebenfalls niedrige Werte für Sozialabgaben aus (unter acht Prozent des BIP, zum Teil massiv darunter), nämlich Dänemark, Australien, Island, Irland, Korea, Kanada, Grossbritannien, die USA, die Türkei und die Schweiz. Berücksichtigt man aber alle Zwangssozialabgaben für die Schweiz, so resultiert ein Spitzenwert von über 20 Prozent des BIP.

Im Bereich der Vermögenssteuern stellt man relativ hohe BIP-Anteile (2,5 Prozent und mehr) für Grossbritannien, Italien, Kanada, Frankreich, USA, für Luxemburg, Korea, Australien, Japan, Spanien und die Schweiz fest. Niedrige Werte (ein Prozent des BIP und tiefer) finden sich in Mexiko, in der Slowakei, der Tschechischen Republik, in Österreich, Ungarn, Deutschland und der Türkei.

Schliesslich kommt der Besteuerung von Waren und Dienstleistungen in Island, der Türkei, Dänemark, Ungarn, Finnland, Portugal und Norwegen eine signifikante volkswirtschaftliche Bedeutung zu (über 13 Prozent des BIP). Eine untergeordnete Rolle spielt sie in den USA, Japan und der Schweiz (sieben Prozent des BIP und tiefer).

Kommentar

Die aktuellsten Zahlen zur Steuerbelastung 2003/2004 und zum Steuermix zeigen, dass auch in der Schweiz der in den 90er-Jahren ungebremsste Anstieg der Fiskalbelastung einigermaßen gestoppt werden konnte. Doch der internationale Vergleich der Steuerstatistiken zeigt auch, dass ein Aufatmen fehl am Platz wäre. Im Gegenteil! Andere Länder optimieren ihre Steuersysteme und nutzen ihre Stärken im globalen Steuerwettbewerb. Ausserdem kommen aufgrund der demografischen Entwicklung und den gesetzlich gebundenen Sozialleistungen unfinanzierte Mehrausgaben auf uns zu. Finanzpolitiker tun daher gut daran, in ihrer umsichtigen Ausgaben-, Finanz- und Steuerpolitik am Ball zu bleiben.

Die von *economiesuisse* vor einem Jahr publizierte Studie „Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz“ hat deshalb nach wie vor Gültigkeit und konkretisiert den notwendigen Handlungsbedarf für das Land. Allgemein lassen sich aus der internationalen Entwicklung folgende Schlüsse für die Schweiz ziehen:

1. Die Schweiz darf die erhebliche internationale Dynamik nicht ignorieren. Trotz Harmonisierungsbestrebungen von internationalen Organisationen (EU, OECD, UNO) ist eine Tendenz zur Optimierung der nationalen steuerlichen Freiräume erkennbar.
2. In Anbetracht der raschen steuerlichen Veränderungen im Ausland bewegt sich die Schweiz zu langsam. Wichtige Reformprojekte stehen beim Bund immer noch an (Unternehmenssteuerreform, Familiensteuerreform, Mehrwertsteuerreform). Eine „steuerliche Erstarrung“ wäre sowohl standort- als auch wachstumspolitisch fatal für unser kleines, mit dem Ausland wirtschaftlich eng verflochtenes Land.
3. Um im internationalen Standortwettbewerb mithalten, muss die Schweiz konsequent die eigenen Stärken fördern und steuerliche Freiräume, in Kenntnis der internationalen Entwicklungen und insbesondere der Reformen im Ausland, gezielt nutzen. Das

System des interkantonalen Steuerwettbewerbs ermöglicht gewissen Kantonen, rasch und gezielt zu handeln und damit unserem Land weiterhin international attraktiv zu bleiben.

4. Da radikale Reformkonzepte, wie sie unter anderem in Irland und in den neuen EU-Ländern anzutreffen sind, in der Schweiz schwer durchführbar sind, gilt es, die als richtig erkannten Ziele etappenweise, aber konsequent anzustreben und dabei den politischen Gegebenheiten des Landes (insbesondere der Konkordanzdemokratie und dem föderalistischen Aufbau) Rechnung zu tragen.
5. Der Mythos der unantastbaren steuerlichen Stellung der Schweiz, sowohl hinsichtlich standortrelevanter Vorteile (zunehmende Mobilität) als auch hinsichtlich der generellen Steuerbelastung (Fiskalquote inklusive aller Zwangsabgaben und Gebühren), ist zu widerlegen. Ohne Anstrengungen wird die Schweiz im Vergleich zu anderen OECD-Ländern in der Liga der attraktiven Steuerstandorte weiter absteigen.
6. Kein anderes Land der OECD hat ein derart explosives Ausgabenwachstum wie die Schweiz erlebt. Die Schweiz muss deshalb alles daran setzen, ihre Ausgaben unter Kontrolle zu halten und durch eine konsequente Wachstumspolitik die Staatsquote zu senken. Nur so kann sie sich den für die sich aufdrängenden Steuerreformen notwendigen finanziellen Spielraum sichern.

Rückfragen:

pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Anhang 1 ad Abbildung 1

Entwicklung der Fiskalquoten in der OECD zwischen 1990 und 2004 (in Prozent des BIP)

	1990	1995	2000	2002	2003	2004 ¹
Australien	29,3	29,8	32,1	31,4	31,6	n.a.
Belgien	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Deutschland ²	35,7	37,2	37,2	35,4	35,5	34,6
Finnland	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich ³	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	n.a.
Grossbritannien	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1
Irland	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Island	31,8	32,1	39,4	38,5	39,8	41,9
Italien	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	n.a.
Kanada	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Korea	18,9	19,4	23,6	24,4	25,3	24,6
Luxemburg	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Mexiko	17,3	16,7	18,5	18,1	19,0	18,5
Neuseeland	37,7	36,9	33,9	35,0	34,9	35,4
Niederlande	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	n.a.	37,0	32,5	34,7	34,2	n.a.
Portugal ⁵	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	n.a.
Schweden	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz ⁴	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei ⁵	n.a.	n.a.	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechische Republik	n.a.	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Türkei	20,0	22,6	32,3	31,1	32,8	31,1
Ungarn ⁵	n.a.	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
OECD-Durchschnitt (ungewichtet)	34,8	35,7	37,1	36,4	36,3	n.a.
EU-15-Durchschnitt (ungewichtet)	39,3	40,1	41,7	40,6	40,5	n.a.
Schweiz (Zwangsabgaben)	37,6	39,9	43,2	42,8	42,4	n.a.

¹ Provisorisch.² Zahlen für das wiedervereinigte Deutschland ab 1991; seit 2001 hat Deutschland die Behandlung von „non-wastable tax credits“ in der Berichterstattung der Erträge geändert (analog OECD-Richtlinien).³ Seit 1992 wurden die Gesamtsteuereinnahmen um den Betrag reduziert, der nicht eingesammelte Steuern repräsentiert.⁴ Fiskalquote Schweiz enthält nicht die Zwangsabgaben an privatrechtliche Sozialversicherungseinrichtungen.⁵ Für das Jahr 2002 wurden provisorische Zahlen, die 2003 kalkuliert wurden, verwendet.

Quellen: OECD Revenue Statistics 1965–2004, 2003, S. 19, EFD, 2005.

Anhang Tabelle 2

Aufteilung der Gesamtsteuereinnahmen nach wichtigen Steuerarten (in Prozent, 2003)

	Besteuerung Einkommen ¹	Besteuerung Gewinne ¹	Sozialabgaben und andere Lohnsummen- steuern	Besteuerung Vermögen ³	Besteuerung Waren und Dienstleis- tungen	Davon genereller Konsum
Australien	38,5	16,7	5,6	9,0	29,7	13,7
Belgien	31,4	7,4	31,8	3,3	24,6	15,6
Dänemark	53,1	5,9	2,9	3,8	33,0	20,1
Deutschland	23,9	3,5	40,5	2,4	29,4	17,9
Finnland	31,0	7,7	26,7	2,3	32,0	19,4
Frankreich	17,5	5,7	40,2	7,3	25,5	16,8
Griechenland	13,7	9,2	36,1	4,5	35,8	22,4
Grossbritannien	28,7	7,8	18,5	11,8	32,7	19,8
Irland	26,5	12,9	15,4	6,5	38,4	24,5
Island	37,6	3,9	8,6	5,9	41,0	27,7
Italien	25,1	6,6	29,5	8,0	25,7	14,2
Japan	17,5	13,0	38,5	10,3	20,3	9,5
Kanada	34,6	10,4	17,5	10,0	26,1	15,1
Korea	12,7	15,3	19,7	11,8	37,1	18,2
Luxemburg	17,1	19,1	27,9	7,5	28,1	15,5
Mexiko ²	–	–	18,7	1,6	52,5	19,4
Neuseeland	41,9	13,6	–	5,2	35,2	26,1
Niederlande	17,9	7,6	36,3	5,2	31,8	19,7
Norwegen	24,8	18,5	22,9	2,5	31,2	20,0
Österreich	23,1	5,1	39,9	1,3	28,2	18,4
Polen	12,8	5,3	42,0	4,0	35,8	21,7
Portugal	15,8	8,7	31,7	4,1	36,7	22,9
Schweden	31,3	5,0	34,0	3,1	26,3	18,4
Schweiz	34,3	8,5	25,5	8,3	23,3	13,4
Slowakei	10,8	9,1	39,6	1,8	36,2	22,0
Spanien	18,6	9,0	35,3	7,5	28,2	17,2
Tschechische Republik	13,0	12,3	43,6	1,4	29,7	17,1
Türkei	15,7	8,0	20,8	3,2	49,5	24,9
Ungarn	18,9	5,8	33,0	2,2	39,4	26,1
USA	35,9	8,1	26,4	12,1	18,2	8,4
OECD-Durchschnitt (ungewichtet)	24,9	9,3	27,0	5,6	32,1	18,9
EU-15-Durchschnitt (ungewichtet)	25,0	8,1	29,8	5,2	30,4	18,9

Die Summe der Reihen beträgt nicht genau 100, weil einzelne kleinere Steuern ausgelassen wurden und die generelle Konsumsteuer (in der Regel Mehrwertsteuer) eine Unterkategorie der Steuern auf Waren und Dienstleistungen ist.

¹ Die Aufspaltung der direkten Steuer in Einkommens- und Körperschaftssteuer ist in den einzelnen Ländern nicht vergleichbar.

² Es existieren keine separaten Daten für die Besteuerung von Einkommen und Gewinn. Zusammen ergibt sich ein Wert von 28,0 Prozent.

³ Die angegebenen Werte für die Steuern auf Vermögen enthalten alle nationalen, regionalen und kommunalen Steuern auf Immobilien, Mobilien, allfällige Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie Stempelabgaben auf Finanztransaktionen.

Quelle: OECD Revenue Statistics 1965–2004, Tabelle 7, 11, 13, S. 70–73.

Anhang Tabelle 3

Anteil der einzelnen Steuerarten am BIP (in Prozent, 2003)

	Besteuerung Einkommen und Gewinn (Total)	Davon Einkom- men	Davon Gewinn	Sozialabgaben und andere Lohnsummen- steuern	Besteuerung Vermögen	Besteuerung Waren und Dienst- leistungen	Davon genereller Konsum
Australien	17,5	12,2	5,3	1,8	3,0	9,4	4,3
Belgien	17,7	14,3	3,4	14,4	1,5	11,2	7,1
Dänemark	29,0	25,6	2,9	1,4	1,8	16,0	8,7
Deutschland	9,7	8,5	1,3	14,4	0,8	10,4	6,4
Finnland	17,3	13,9	3,5	12,0	1,1	14,3	8,7
Frankreich	10,1	7,6	2,5	17,5	3,2	11,1	7,3
Griechenland	8,3	4,9	3,3	12,9	1,6	12,8	8,0
Grossbritannien	13,0	10,2	2,8	6,6	4,2	11,6	7,0
Irland	11,7	7,9	3,8	4,6	1,9	11,4	7,3
Island	17,6	14,5	1,5	3,4	2,4	16,3	11,0
Italien	13,3	10,8	2,9	12,7	3,4	11,1	6,1
Japan	7,7	4,4	3,3	9,7	2,6	5,1	2,4
Kanada	15,5	11,7	3,5	5,9	3,4	8,8	5,1
Korea	7,1	3,2	3,9	5,0	3,0	9,4	4,6
Luxemburg	15,0	7,1	7,9	11,5	3,1	11,6	6,4
Mexiko	–	–	–	–	0,3	10,0	3,7
Neuseeland	20,8	14,6	4,7	–	1,8	12,3	9,1
Niederlande	9,9	6,9	2,9	14,1	2,0	12,3	7,7
Norwegen	18,8	10,8	8,1	10,0	1,1	13,5	8,7
Österreich	12,8	9,9	2,2	17,2	0,6	12,1	7,9
Polen	6,2	4,4	1,8	14,3	1,4	12,2	7,4
Portugal	9,1	5,8	3,2	11,7	1,5	13,6	8,5
Schweden	18,3	15,8	2,5	17,2	1,6	13,3	9,3
Schweiz	12,6	10,1	2,5	7,5	2,5	6,9	4,0
Slowakei	6,9	3,3	2,8	12,3	0,6	11,2	6,8
Spanien	9,8	6,5	3,1	12,3	2,6	9,8	6,0
Tschechien	9,6	4,9	4,6	16,4	0,5	11,2	6,4
Türkei	7,8	5,2	2,6	6,8	1,0	16,2	8,2
Ungarn	9,5	7,3	2,2	12,7	0,8	15,2	10,1
USA	11,1	9,0	2,1	6,7	3,1	4,6	2,1
OECD-Durchschnitt (ungewichtet)	12,6	9,4	3,4	9,9	1,9	11,5	6,9
EU-15-Durchschnitt (ungewichtet)	13,7	10,4	3,2	12,0	2,1	12,2	7,6
Schweiz (Zwangsabgaben)	12,6	10,1	2,5	20,5	2,5	6,9	4,0

Quellen: OECD Revenue Statistics 1965–2004, Tabelle 6, S. 70; EFD, 2005.